
VEREINIGUNG VON FREUNDEN
DER
TECHNISCHEN HOCHSCHULE
ZU DARMSTADT E. V.

JAHRESBERICHT
1978

BERICHT

über die 53. Hauptversammlung am 10. November 1978

Ort: Hörsaal A der Chemischen Institute der Technischen Hochschule Darmstadt,
Petersenstraße 21, Lichtwiese
Zeit: 14.15 Uhr
Anwesend: Etwa 130 Mitglieder und Gäste

Der Vorsitzende der Vereinigung, Herr Ehrensator Dr.-Ing. Heinrich Toeller, begrüßte die Anwesenden zur 53. Hauptversammlung der Vereinigung von Freunden der Technischen Hochschule zu Darmstadt und stellte fest, daß die Einladungen form- und fristgerecht erfolgt sind, und daß die Hauptversammlung damit beschlußfähig ist. Sein besonderer Gruß galt dem Oberbürgermeister der Stadt Darmstadt, Herrn Heinz-Winfried Sabais, und Herrn Professor Dr. phil. Georg Friedrich Koch, der die Versammlung dankenswerterweise mit einem Festvortrag über das Thema »Denkmalpflege und Geschichtsbewußtsein« erfreuen will. Später begrüßte Herr Dr. Toeller den von einer anderen Veranstaltung herbeigeeilten Präsidenten der Technischen Hochschule Darmstadt, Herrn Professor Dr. phil. Helmut Böhme, und dankte ihm für seine Bereitschaft, den Anwesenden wiederum einen Einblick in das Geschehen an der Hochschule zu geben, ferner den Ehrenpräsident der Vereinigung, Herrn Ehrensator Dipl.-Ing. Ludwig Büchner, und die Vertreter der Darmstädter Presse.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung

Beratungen des Vorstandsrates

übernahm dessen Vorsitzender, Herr Professor Dr. rer. nat. Walter Humbach, die Leitung der Versammlung. Eine Niederschrift über diese Vorstandratssitzung erhalten alle Mitglieder der Vereinigung.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung

Eröffnung der Mitgliederversammlung und Bericht über das Vereinsjahr 1977/78

gedachte Herr Dr. Toeller nach Eröffnung der Mitgliederversammlung zunächst der Mitglieder, die seit der Jahrestagung 1977 aus unseren Reihen geschieden sind.

Es verstarben am:

das Vorstandsratsmitglied

12. 11. 1977 Professor Dr. Joseph Wengler, Bad Soden

die Mitglieder

Nov. 1977 Oberstleutnant a. D. Erich Schmidt, Bensheim
10. 12. 1977 Prof. Dr. Dr. h. c. Carl Wagner, Göttingen-Geismar
26. 12. 1977 Prof. Dr.-Ing. E. h. Karl Küpfmüller, Darmstadt
22. 1. 1978 Dr.-Ing. Horst Fleischer, Darmstadt
12. 3. 1978 Dipl.-Ing. Wilhelm Schulte, Gummersbach
13. 3. 1978 Prof. Dr. Dr. h. c. Karl Hax, Köln-Lindenthal
April 1978 Dipl.Ing. Adolf Weber, Neu-Isenburg
20. 4. 1978 Hans Kling, Rechtsanwalt und Notar, Darmstadt
21. 5. 1978 Dr.-Ing. Dr.-Ing. E. h. Kurt Hämmerling, Königstein
28. 5. 1978 Karl Nübling, Prokurist, Darmstadt

- 25. 7. 1978 Dr.-Ing. E. h. Werner Schaurte, Neuss
- 18. 8. 1978 Prof. Dr.-Ing. Theodor Stöferle, Seeheim
- 15. 9. 1978 Dipl.-Ing. Günter Collischonn, Bad Homburg
- 21. 9. 1978 Dr. Wiking Müller, Roßdorf
- Dat. unbek. Dr. Walter Salzer, Wuppertal-Elberfeld

Der Vorsitzende dankte der Versammlung, die sich zu Ehren der Verstorbenen erhoben hatte, und berichtete sodann über das abgelaufene Vereinsjahr, in dem 2 Sitzungen des Gesamtvorstandes am 8. Juli und am 19. Oktober 1977 stattgefunden haben. Der geschäftsführende Vorstand hatte am 12. Juli 1977 eine Aussprache mit dem Präsidenten der Technischen Hochschule Darmstadt und kam am 10. Februar 1978 im Büro des Schatzmeisters zu einer eingehenden Erörterung anstehender Probleme zusammen. Unter den verschiedenen Diskussionsthemen hob der Vorsitzende die folgenden hervor:

1. Mitgliederwerbung

Beim Abschluß des Berichtsjahres, am 31. März 1978, hatte unsere Vereinigung 1429 Mitglieder. Im laufenden Vereinsjahr sind bisher 31 Neueintritte und 16 Verluste durch Tod oder Austritt zu verzeichnen, so daß die Vereinigung z. Z. 1444 Mitglieder zählt. Damit stehen wir unter den Förderervereinen einer Universität in der gesamten Bundesrepublik an 6. Stelle. Wir bemühen uns selbstverständlich, neue Mitglieder unter den Absolventen der Hochschule zu werben und haben im vergangenen Jahr unser Werbeblatt noch einmal überarbeitet. Hier scheint sich langsam ein gewisser Erfolg abzuzeichnen. Das gleiche gilt auch für eine Werbeaktion, die unser 2. Vorsitzender Herr Prof. Brandt unter seinen Kollegen veranstaltet hat. Wenn Sie hören, daß unsere Geschäftsstelle in der letzten Zeit alleine 1100 Personen angeschrieben hat, so mögen Sie daraus ersehen, welche Arbeit die Mitgliederwerbung für unseren Geschäftsführer Herrn Dr. von Werder und seine Mitarbeiterin Frau Schober bedeutet. Beiden sei an dieser Stelle unser Dank ausgesprochen.

2. Küpfmüller-Ring

Auf Vorschlag der 3 Fachbereiche Elektrotechnik wurde anläßlich des 80. Geburtstages unseres leider verstorbenen Mitgliedes Herrn Prof. Küpfmüller ein Ehrenring mit seinem Namen für hervorragende Leistungen gestiftet.

Wir haben uns bereit erklärt, zunächst für die nächsten 3 Jahre je einen Betrag von 1000,- DM zur Verfügung zu stellen, und zwar aus Spenden, die mit dem Namen Küpfmüller verbunden sind.

Herr Prof. Oppelt hat sich liebenswürdigerweise bereit erklärt, als sachverständiger Vertreter unserer Vereinigung zunächst für 3 Jahre dem Kuratorium »Küpfmüller Ring« beizutreten.

3. Waldemar-Petersen-Stiftung

Im Kuratorium dieser Stiftung sind wir jeweils durch den Vorsitzenden unserer Vereinigung vertreten.

Die wirtschaftliche Situation der Skihütte unserer Hochschule, des Waldemar-Petersen-Hauses im Walsertal, ist als zufriedenstellend zu bezeichnen, insbesondere durch kostendeckende, aber noch immer recht niedrige Pensionspreise, dann aber auch dadurch, daß es gelungen ist, eine Belegung des Hauses nicht nur im Winter, sondern auch den ganzen Sommer über zu erreichen.

Im November nächsten Jahres feiert das Waldemar-Petersen-Haus sein 50jähriges Jubiläum. An der Feier auf dem Haus wird unser Vorstand hoffentlich recht stark vertreten sein.

Für eine Reihe von baulichen Verbesserungen ist es der Hochschule gelungen, Geldmittel von der hessischen Regierung zu erhalten, so daß wir als Vereinigung im Augenblick von der Waldemar-Petersen-Stiftung nicht weiter in Anspruch genommen werden. Ich nehme an, daß mancher von Ihnen während seines Studiums einmal auf dem Waldemar-Petersen-Haus war und sicherlich gerne erfährt, daß dieses Haus sich noch heute eines regen Zuspruches seitens der Studenten und Mitarbeiter der Hochschule mit ihren Familien erfreut. Auch die Mitglieder des vor dem Krieg existierenden Akademischen Skiclubs Darmstadt treffen sich regelmäßig noch dort zum Skilaufen.

4. Zukünftige Zusammensetzung des Vorstands

Hierzu verwies der Vorsitzende auf die zu erwartende Diskussion unter Punkt 5 der Tagesordnung.

5. Mittelvergabe

Die Beschäftigung mit den Anträgen der Professoren der THD auf materielle Unterstützung ihrer Arbeiten war Gegenstand besonders eingehender Diskussionen.

Hierzu kündigte Herr Dr. Toeller noch einige allgemeine Bemerkungen in seiner weiteren Ansprache an und fuhr dann fort:

Das, meine Damen und Herren, waren die wesentlichsten Punkte, die in den 3 Vorstandssitzungen zur Diskussion standen. Es würde zu weit führen, auch noch alle weiteren Diskussionspunkte Ihnen hier zu unterbreiten.

Ich möchte vielmehr noch einige generelle Betrachtungen über Sinn und Zweck unserer Vereinigung anstellen, nämlich in erster Linie die Förderung von Forschung und Lehre an dieser unserer Hochschule. Zur Förderung der Forschung liegt der Schwerpunkt unseres Wirkens in der Zurverfügungstellung von Mitteln zur Ergänzung des Bestandes an Versuchseinrichtungen in den naturwissenschaftlichen und ingenieurwissenschaftlichen Instituten und von Büchern in den geisteswissenschaftlichen Instituten. Über den Umfang der Mittel, die wir in diesem Jahr zur Verfügung stellen wollen, erfahren Sie – abgesehen von den Posten, die vorhin schon der Vorstandsrat bewilligt hat – nachher wie immer Näheres aus den Ausführungen unseres Schatzmeisters. Ich möchte an dieser Stelle lediglich erwähnen, daß sich das Verfahren der Antragstellung durch die Professoren im Lauf der letzten Jahre immer besser eingespielt hat. Wir haben den Rahmen, in welchem wir uns bewegen können, näher gekennzeichnet und damit erreicht, daß die Zahl der völlig aus dem Rahmen liegenden Anträge und damit die Zahl der Enttäuschungen zurückgegangen ist.

In diesem Jahr fielen nur wenige Anträge ganz aus dem Rahmen, so daß wir die meisten Anträge – wenn auch nicht immer in voller Höhe – berücksichtigen konnten. Ich brauche nicht mehr besonders zu betonen, daß wir Bücher für die geisteswissenschaftlichen Disziplinen für genauso wichtig ansehen wie Versuchseinrichtungen für ein Experiment. Wir müssen immer wieder betonen, daß die Finanzierung der Forschungsmittel einer Hochschule in erster Linie Sache des Staates ist. Wir fühlen uns in den Fällen aufgerufen zu helfen, in denen bürokratische Hemmnisse den Fortgang einer Forschungsarbeit verhindern, etwa weil an einer größeren vorhandenen Versuchseinrichtung eine wichtige Zusatzeinrichtung fehlt. Die Herren Professoren bitten wir um Verständnis, wenn der Vorstand solche Anträge bevorzugt behandelt, die offensichtlich einen Multiplikatoreffekt auslösen.

Der größte Teil der Mittel, die wir zu vergeben haben, stammt aus der Wirtschaft, entweder durch Mitgliederbeiträge oder durch jährliche, erfreulicherweise ziemlich regelmäßige Spenden. Ich möchte aber nicht verhehlen, daß es außerordentlich schwer fällt, weitere Wirtschaftsunternehmen als Spendengeber zu gewinnen. Daran ist sicherlich z. T. die allgemeine Unsicherheit bezüglich unserer gesellschaftlichen Verhältnisse (s. erweiterte Mitbestimmung) als auch die Ungewißheit unserer weiteren wirtschaftlichen Entwicklung schuld.

Aber sicherlich ist eine andere Ursache auch der Schwund an Ansehen, dem unsere Universitäten – ganz generell gesprochen – unterliegen. Es ist für uns doch erfreulich zu sehen, daß unsere Hochschule nicht in diesem negativen Image-Trend liegt.

Die meisten von Ihnen kennen sicherlich das Ergebnis einer Umfrage bei den Personalchefs großer deutscher Unternehmen und bei namhaften Personalberatern hinsichtlich der Berufschancen der Absolventen der deutschen Universitäten. Nach der TH Aachen steht die TH Darmstadt nach dieser Umfrage bezüglich ihrer Ausbildungsqualität (das gilt natürlich aus der Sicht der Wirtschaftsunternehmen in erster Linie für den naturwissenschaftlichen und technisch-wissenschaftlichen Bereich) an zweiter Stelle in der Reihe sämtlicher Universitäten der Bundesrepublik.

Man mag – wie es naturgemäß diejenigen Universitäten getan haben, die besonders schlecht abschnitten – diese Befragung als unwissenschaftlich abqualifizieren. Aber so wie über die Güte eines neuen Industrie-Produktes einzig und allein der Markt entscheidet, so messe ich dieser Marktbefragung auf dem Akademiker-Stellenmarkt doch einen gewissen Wert zu.

Lassen Sie mich nun zum Thema Lehre, deren Förderung ja auch zu unseren Aufgaben gehört, etwas sagen.

Ich habe in den vergangenen Jahren schon mehrfach an dieser Stelle Fragen der Ausbildung angeschnitten, weil wir in der industriellen Praxis stehenden Mitglieder uns geradezu verpflichtet fühlen, unserer Hochschule gegenüber unsere Sorgen über die Ausbildung der angehenden Ingenieure im Hinblick auf die heutigen und wahrscheinlichen zukünftigen beruflichen Anforderungen zu artikulieren.

Nun ist dieses Thema ja kürzlich hier an dieser Hochschule in Referaten und Diskussionen eingehend behandelt worden, und zwar auf dem 2. Internationalen Kongreß für Ingenieur-Ausbildung vom 4. bis 6. Oktober 1978, der gemeinsam von der TH Darmstadt

und dem VDI veranstaltet wurde. Im VDI bestehen schon seit vielen Jahren Gremien, die sich mit der Frage der zweckmäßigsten Ausbildung der Ingenieure befassen. Die Initiative ging aber von dieser Hochschule aus, anknüpfend an ihre seinerzeitige Initiative, kurz nach dem Krieg im Jahre 1947, den ersten internationalen Kongreß für Ingenieur-Ausbildung hier in Darmstadt zu veranstalten.

Dieses für unsere Volkswirtschaft so wichtige Thema ist in den letzten Jahrzehnten immer wieder hauptsächlich von den großen technisch-wissenschaftlichen Vereinen aufgegriffen worden. Besonders hervorzuheben ist ein mehrtägiges Seminar über das heute besonders aktuelle Thema »Ingenieurausbildung und soziale Verantwortung«, das 1972 in München gemeinsam von der deutschen UNESCO-Kommission und dem VDI veranstaltet wurde. Auch in dem Symposium »Technische Hochschule im Spannungsfeld zwischen Theorie und Praxis«, das vor 4 Jahren hier an der Hochschule stattfand, wurden Fragen der Ingenieurausbildung behandelt.

Gerade im Hinblick auf so viele wertvolle Veranstaltungen über das Thema »Ingenieurausbildung« möchte ich Ihnen eine Bemerkung auf dem kürzlich stattgefundenen Kongreß nicht vorenthalten, nämlich die Frage: »Haben solche Kongresse überhaupt noch einen Sinn, wenn man sieht, wieviele wertvolle Vorschläge gemacht worden sind und wie wenige davon verwirklicht werden?«

Ich habe diese Bemerkung aufgegriffen, nicht um meinen Bericht über den Kongreß von vornherein mit einem negativen Akzent zu versehen, sondern um nach den vielen geistreichen Beiträgen die Verantwortlichen zum praktischen Handeln aufzurufen, Denkanstöße für einen erweiterten Rahmen der Ausbildung zu verarbeiten und weiter zu entwickeln und dann – in sicherlich langwieriger Kleinarbeit und Überwindung vieler Vorurteile und Trägheitsmomente – zügig den Ausbildungsrahmen den neuen Zielvorstellungen – ich komme hierauf gleich noch zurück – anzupassen.

In allen wesentlichen Punkten herrschte auf dem Kongreß weitgehende Übereinstimmung, dieses, trotz der so unterschiedlichen Ausbildungsstufen in den einzelnen Ländern, sowohl in den Grundschulen wie an den Universitäten.

Es wurde hervorgehoben, daß die weitere technologische Entwicklung in ihrem immer mehr sich steigenden Tempo dem zukünftigen Ingenieur (Naturwissenschaftler seien immer bei den Betrachtungen mit eingeschlossen) die Fähigkeit abverlangt, sich in neu entstehende Fachgebiete schnell einzuarbeiten. Dazu gehört 1. die Fähigkeit, stetig weiter zu lernen sowie 2. ein breites Wissen in den Grundlagenfächern aller Ingenieurdisziplinen, nämlich Mathematik, Physik, Mechanik und Chemie.

Die Professoren, die diese Fächer lehren, müssen sich allerdings dessen bewußt sein, daß diese Grundlagenfächer nicht in ihrer ursprünglichen Form als reine Wissenschaft dargeboten werden dürfen, sondern – schlicht und einfach – als wichtige Arbeitsmittel des Ingenieurs. Sie müssen deshalb für den Ingenieur möglichst handhabbar sein und in Verbindung mit praktischen Beispielen angeboten werden.

Auf dem Kongreß wurde mit Nachdruck eine Verbesserung der Lehrmethoden gerade in den Grundlagenfächern gefordert.

Die TH Darmstadt war hier früher einmal richtungweisend. Als ich hier in Darmstadt mit dem Studium begann, war gerade Herr Prof. Walther berufen worden, der erstmalig

der soeben skizzierten didaktischen Forderung mit seiner »Praktischen Mathematik« entsprach, damit viel Anklang bei den Studenten und völlige Ablehnung bei seinen Fachkollegen erfuhr, weil er in deren Augen die hehre Wissenschaft der Mathematik nivellierte. Offenbar ist das Thema »Effizientere Didaktik«, wie die Debatten während des Kongresses zeigten, auch heute noch in allen Universitäten höchst aktuell und keineswegs zufriedenstellend gelöst.

Sowohl in allen anderen Ländern wie bei uns in der Bundesrepublik – auch darin herrschte weitgehende Übereinstimmung – beginnen die Schwierigkeiten ja bereits vor der akademischen Ausbildung, nämlich in der höheren Schule. Durch die Möglichkeit, schwierige Fächer einfach abzuwählen, weist das Grundwissen der Abiturienten bereits erhebliche Lücken auf. Von einer breiten Allgemeinbildung, dem früheren Ziel höherer Schulen, kann heute nicht mehr die Rede sein. Bei der Vielfalt der Anforderung im Berufsleben ist aber eine breite Bildungsgrundlage nötiger denn je und die frühzeitige Spezialisierung auf die Fächer eigener Wahl völlig falsch.

Wie gesagt, das Ingenieur-Studium sollte ebenfalls nicht zu früh ins Spezialistentum führen. Der Vermittlung vertiefter Kenntnisse in Mathematik wurde besonders von den Professoren der berühmtesten englischen und amerikanischen Universitäten ein hoher Rang eingeräumt, nicht zuletzt auch angesichts des Eindringens des Computers in alle technischen Wissenschaften.

Es wurde darauf hingewiesen, daß – nach einer durchgeführten Umfrage – etwa 80% aller Ingenieure ihr Grundlagenwissen später im Beruf nicht mehr erweitern! Um so größere Sorgfalt sollte man während des Studiums auf dieses Fundament jeder Ingenieur-tätigkeit legen. Den Studenten der ersten Semester sind diese Zusammenhänge naturgemäß nicht immer völlig klar. Deshalb wurde angeregt, in den Grundlagenfächern möglichst viele Bezüge zur Ingenieurpraxis aufzuzeigen und dadurch die Studenten für die Grundlagenfächer zu motivieren.

Ich selbst habe, als ich früher einmal hier einen Lehrauftrag hatte, mit dieser Methode ebenfalls beste didaktische Erfahrungen gemacht.

Ein zweiter Fragenkomplex des Kongresses bezog sich auf die Ausbildung in den technischen Fächern. Während man vor einigen Jahrzehnten noch der Überzeugung war, mit diesem erworbenen technischen Wissen seine spätere berufliche Laufbahn bestreiten zu können, wissen wir heute, daß diese Gedanken angesichts des schnellen technologischen Wandels eine Utopie ist. Die allgemeine Ansicht des Kongresses ging deshalb auch dahin, die vertiefte Beschäftigung mit technischen Spezialfächern lediglich exemplarisch zu verstehen, d. h. in erster Linie soll die Fähigkeit erworben werden, sich in ein technisches Fach, damit aber auch später im Berufsleben in ein ganz neues Fach, einarbeiten zu können.

Von mehreren Rednern wurde darauf hingewiesen, daß die Ausbildung zum Ingenieur nicht in der Ansammlung von möglichst vielen Wissenskomponenten besteht, sondern daß im Rahmen einer Systembetrachtung das gesamte technologische Umfeld einer Ingenieurdisziplin betrachtet werden muß, darüber hinaus aber auch die humane und soziale Dimension der Technik.

Dieses letztere Thema stand eigentlich im Mittelpunkt dieses Kongresses. Es ging hier um die Fragen:

1. Welche menschliche Qualitäten werden dem Ingenieur in seinem Beruf abverlangt?
2. Welche Anforderungen werden an ihn gestellt angesichts der Auswirkungen, die die technologische Entwicklung auf alle Lebensbereiche hat?
3. Und schließlich die am schwierigsten zu lösende Frage: Wie ist es möglich, den Studierenden der Ingenieurwissenschaften angesichts eines dicht gedrängten Lehrplanes in Grundlagenfächern und in technischen Fächern, angesichts der Regelstudienzeit, nun auch noch mit Problemen im Bereich der Geisteswissenschaften, der Sozialwissenschaften, der Ökologie, der Politik usw. vertraut zu machen?

Lassen Sie mich kurz auf diese 3 Fragen eingehen.

1. An menschlichen Qualitäten werden hervorgehoben:
 - das Vermögen zu abstrahieren und zu konzentrieren,
 - das Erfassen übergreifender Zusammenhänge (Systembetrachtungen),
 - Leistungsbereitschaft (heute ein unbeliebter Begriff),
 - Anpassungsfähigkeit,
 - Entscheidungskraft,
 - Erlebnisfähigkeit,Eigenschaften, die nicht durch äußere Disziplin, sondern durch die Fähigkeit, sich selbst zu leiten, erworben werden müssen.
2. Die zweite Frage nach dem Erkennen der Auswirkungen der technologischen Fortschritte nimmt in der öffentlichen Betrachtung einen immer breiteren Rahmen ein.

Ich brauche hier auf die Lawine von Umweltproblemen nicht im einzelnen einzugehen. Es sei nur daran erinnert, daß z. Z. im Bundestag wieder die Frage erörtert wird, wie dort eine Stelle eingerichtet werden kann, die die Folgen der technologischen Entwicklung übersieht und den Abgeordneten Entscheidungshilfen zur Verfügung stellt. Auch die großen techn.-wissenschaftlichen Verbände befassen sich zunehmend mit diesen Fragen. So ist es nicht verwunderlich, daß auch auf dem kürzlichen internationalen Kongreß von verschiedenen Rednern gefordert wurde, die angehenden Ingenieure während ihrer Ausbildung besser als bisher darauf vorzubereiten, daß ihre spätere berufliche Tätigkeit fast immer Entscheidungen verlangt, die eben nicht im rein fachlichen Rahmen beschränkt bleiben, sondern, je größer der Verantwortungsbereich des Betreffenden in einem Unternehmen wird, Auswirkungen in vielen anderen Bereichen hat.
3. Und nun zur dritten, zur schwierigsten Frage: Wie soll der Student an diese Probleme herangeführt, zum mindesten aber sensibilisiert werden?

Auf diese Frage konnte der Kongreß keine überzeugende Antwort geben. Es wurde daran erinnert, daß Ansätze in dieser Richtung durch Einrichten eines Studium generale wenig erfolgreich waren. Es wurde auch für wenig effizient angesehen, den Studenten angesichts ihrer zeitlichen Bedrängnis Kurzurse in Ökologie, Soziologie, Psychologie usw. anzubieten.

Besonders die Soziologie in ihrer heutigen Form wurde von vielen in- und ausländischen Rednern als wenig hilfreich bezeichnet, nicht weil ihre zweifellos große Bedeutung bei unseren heutigen komplizierten Zusammenhängen verkannt wird, sondern weil, wie gesagt wurde, der Wust von soziologischen Begriffen der kargen Sprache der Ingenieure so diametral entgegensteht, daß keine Chancen zu einer Verwertung soziologischer Erkenntnisse bestehen, soweit diese überhaupt verwertbar sind.

Soll man angesichts dieser Schwierigkeiten resignieren?

Soll man es dem jungen Ingenieur überlassen, selbst in seinem Beruf langsam zu der Erkenntnis zu kommen, daß er nicht im fachlichen Denken verharren darf, sondern die Auswirkungen seines Tuns auf die menschliche Gemeinschaft erkennen muß?

Herr Präsident Böhme sagte in seinem Schlußwort, »die technischen Wissenschaften und die Sozialwissenschaften müssen aufeinander zugehen«. Ich möchte diesen Gedanken sehr unterstreichen.

Wie kann er aber verwirklicht werden? Erlauben Sie mir zum Schluß einen Vorschlag zu machen:

Angesichts der schon erwähnten zeitlichen Belastung der Studenten ist eine zusätzliche Vermittlung von Sozialwissenschaft (als Globalbegriff) nicht möglich. Außerdem bleibt dann die Wand zwischen Sozialwissenschaften und technischen Wissenschaften weitgehend bestehen. Praxisnäher im Sinne eines engeren Zusammenwirkens wäre dagegen der Weg, in den Vorlesungen und Übungen der technischen Spezialfächer die unmittelbar mit dem behandelten technischen Gegenstand anfallenden humanen oder sozialwissenschaftlichen Fragen mitzubehandeln.

Das setzt allerdings voraus, daß die Professoren der technischen Wissenschaften selbst für solche außerhalb ihres fachlichen Bereiches liegenden Folgeprobleme aufgeschlossen sind. Je länger sie selbst eine industrielle Praxis aufweisen, um so aufgeschlossener werden sie diesen Problemen gegenüberstehen. Vielleicht ist hier sogar die aktive Mitwirkung der Professoren der Humanwissenschaften, etwa in technischen Seminaren, möglich. Erwähnt sei auch ein Vorschlag von Herrn Prof. Kogon, hier an der TH ein Zentrum für ökologische Fragen zu errichten, das dann Impulse zur Behandlung solcher Fragen bei technischen Planungs- oder Konstruktionsaufgaben geben könnte.

Analoge Zentren (es brauchen nicht gleich große Institute zu sein) könnten auch als Impulsgeber für die breite Behandlung anderer Fragen bilden, die mit jeder technologischen Entwicklung verbunden sind.

Wir bedürfen dringend solcher Ingenieure, die den Blick über die Grenzen ihres Fachgebietes richten können angesichts der beschämenden Tatsache, daß die akademischen Ingenieure im politischen Bereich, auch im Verbandswesen, nicht annähernd den ihnen auf Grund der Auswirkungen ihres Tuns zukommenden Einfluß haben.

Ein engeres Zusammengehen von Sozialwissenschaften und technischen Wissenschaften, etwa in der vorgeschlagenen Weise, hätte auch positive Auswirkungen auf die Sozialwissenschaften, da diese realitätsbezogener werden könnten und von dem Grundsatz abgehen, der auch auf dem Kongreß zitiert wurde: »Wehe der Welt, wenn sie nicht der Theorie gehorcht!«.

Meine Damen und Herren!

Wie Sie wissen, habe ich es auf unseren Mitgliederversammlungen stets nicht damit bewenden lassen, lediglich einen Bericht über unsere materielle Hilfe an die Hochschule abzugeben, sondern immer versucht, einige Gedanken zu äußern, die entstanden sind aus Sorge um die weitere Entwicklung dieser Hochschule, insbesondere aber aus Sorge um die richtige Ausbildung der Ingenieure, hängt doch hiervon in großem Maße die zukünftige Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie auf dem Weltmarkt ab.

Ich habe dieses Mal geglaubt, meine Eindrücke von dem kürzlich hier an der Hochschule stattgefundenen »Internationalen Kongreß für Ingenieurausbildung« Ihnen nicht vorenthalten zu sollen, und ich kann nur hoffen – um auf meine Bemerkung am Beginn des Berichtes zurückzukommen –, daß nun die Professoren dieser Hochschule die Ergebnisse dieses Kongresses zum Anlaß nehmen, um die Ausbildung unserer zukünftigen Ingenieure den Erfordernissen der Zukunft noch besser anzupassen. Ich nehme an, daß Sie sich meinem Wunsch anschließen. Wir unsererseits erklären gern unsere Bereitschaft, unseren Rat bei diesem sicherlich nicht leichten Unternehmen zur Verfügung zu stellen.

Der Vorsitzende stellte seine von der Versammlung mit reichem Beifall aufgenommenen Ausführungen zur Diskussion. Herr Blaum wollte wissen, ob er recht gehört habe, daß sich 80% der Ingenieure nicht weiterbilden, und wenn ja, wer diese Zahl ermittelt habe. Herr Dr. Toeller bestätigte das Umfrageergebnis, wies aber ausdrücklich daraufhin, daß sich diese erschreckende Feststellung nur auf das Grundlagenwissen der Ingenieure bezieht. Herr Präsident Böhme meinte, daß die Umfrage auf Initiative des VDI erfolgt sei.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgten, bat der Vorsitzende Herrn Dr. Wenzel zu Punkt 3 der Tagesordnung

Erstattung der Jahresrechnung

das Wort zu nehmen. Der Bericht des Schatzmeisters hatte folgenden Wortlaut:

Meine Damen und Herren,

ich freue mich, Ihnen auch über das Vereinsjahr 1977/78 berichten zu können, daß die finanzielle Verfassung der Vereinigung unverändert gut ist.

Auf der Einnahmenseite hat sich das Bild gegenüber dem Vorjahr wenig verändert. Die frei verfügbaren Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und Vermögenserträgen gingen nur gering von 291 000,- DM auf 290 000,- DM im Vereinsjahr zurück. Verschiebungen innerhalb der einzelnen Einnahmequellen glichen sich weitgehend aus. So haben sich die frei verfügbaren Spenden deutlich von 86 000,- DM im vorangegangenen Vereinsjahr auf 63 000,- DM im Vereinsjahr 1977/78 verringert; höhere Vermögenserträge, die von 124 000,- DM im Vereinsjahr 1976/77 auf 143 000,- DM im Vereinsjahr 1977/78 anstiegen, glichen diesen Rückgang jedoch aus. Beim Beitragsaufkommen zeigte sich erstmals wieder ein steigender Trend. Es erhöhte sich von 81 000,- DM im vergangenen Jahr auf 84 000,- DM im Vereinsjahr 1977/78.

Nachfolgend nochmals ein Überblick über die oben genannten Zahlen:

	1976/77	1977/78
Beiträge	81 000,- DM	84 000,- DM
Freie Spenden	86 000,- DM	63 000,- DM
	<hr/>	<hr/>
	167 000,- DM	147 000,- DM
Vermögenserträge	124 000,- DM	143 000,- DM
	<hr/>	<hr/>
Frei verfügbare Einnahmen	<u>291 000,- DM</u>	<u>290 000,- DM</u>

Die Ausgabenseite hat sich gegenüber dem Vorjahr deutlich verändert. Diese Verschiebungen sind zum Teil dadurch bedingt, daß die Abrufe der bewilligten Mittel zum Teil in das nächste Berichtsjahr fallen. Wenn wir zum Beispiel jetzt im Rahmen der Jahresversammlung größere Projekte bewilligt haben, kann es durchaus sein, daß – zum Teil schon bedingt durch Lieferfristen – die vollständige Abwicklung erst im nächsten Geschäftsjahr erfolgt. Insgesamt ergibt hier die Gegenüberstellung der Einzelposten folgendes Bild:

	1976/77	1977/78
Verwaltungskosten	20 000,- DM	31 000,- DM
Veranstaltungen	7 000,- DM	12 000,- DM
Bewilligungen	114 000,- DM	169 000,- DM
	<hr/>	<hr/>
Ausgaben aus frei verfügbaren Mitteln	<u>141 000,- DM</u>	<u>212 000,- DM</u>

Der Trend zu empfängerbestimmten Spenden, über den wir bereits mehrfach berichten konnten, hielt auch im abgelaufenen Vereinsjahr wieder an. Die empfängerbestimmten Spenden beliefen sich in diesem Jahr auf 429 000,- DM nach 354 000,- DM im vergangenen Jahr, sie glichen den Rückgang bei den frei verfügbaren Spenden voll aus. Auch diese empfängerbestimmten Mittel wurden im Berichtsjahr nicht vollständig abgerufen, so daß wir einen Überhang in das neue Jahr genommen haben.

Dem Punga-Nachlaß flossen 22 000,- DM aus Vermögenserträgen zu gegenüber 20 000,- DM im vorangegangenen Jahr. Hiervon wurden 8 000,- DM (im Vorjahr 4 000,- DM) dem Stiftungszweck entsprechend als Stipendium vergeben.

Insgesamt flossen der Vereinigung in Form von frei verfügbaren Mitteln, den empfängerbestimmten Spenden und den Kapitalerträgen 741 000,- DM zu (im Vorjahr waren es 665 000,- DM). Im Laufe des Geschäftsjahres wurden damit Ausgaben in Höhe von 458 000,- DM getätigt gegenüber 407 000,- DM im Vorjahr.

Durch den bestehenden Überhang nicht abgerufener Mittel wuchs das Bruttovermögen der Vereinigung – darunter ist das Vermögen zu verstehen, das sowohl die eigenen als auch die treuhänderisch verwalteten Vermögenswerte umfaßt – von 2,88 Mill. DM auf 3,21 Mill. DM. Davon sind 950 000,- DM noch an Empfänger weiterzuleiten (im

Vorjahr betrug diese Zahl 758 000,- DM). Zu den treuhänderisch verwalteten Mitteln gehören auch die Mittel der Punga-Stiftung, die eine Höhe von 425 000,- DM haben (gegenüber 416 000,- DM im Vorjahr). Das eigentliche Vermögen der Vereinigung, das Nettovermögen, das sind die Mittel, über die wir frei verfügen können, belief sich am Ende des abgelaufenen Vereinsjahres auf 1,743 Mill. DM (im Vorjahr 1,619 Mill. DM). Der Ihnen vorgetragene Jahresabschluß wurde von der Zentralabteilung Interne Revision der Brown, Boveri & Cie. Aktiengesellschaft geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Wir sind zuversichtlich, auch im laufenden Vereinsjahr die finanziellen Geschicke der Vereinigung in bewährter Weise fortführen zu können, und möchten Sie bitten, uns hierbei in jeder nur erdenklichen Weise zu unterstützen.

Zum Abschluß meines Berichtes möchte ich der Mitarbeiterin der Vereinigung, Frau Schober, sowie dem Geschäftsführer, Herrn Dr. von Werder, unseren ausdrücklichen Dank für die im vergangenen Vereinsjahr geleistete Arbeit aussprechen.

Eine Aussprache über diesen Bericht, für den der Schatzmeister reichen Beifall ertete, wurde von der Versammlung nicht gewünscht. Der Vorsitzende dankte Herrn Dr. Wenzel für seine Ausführungen sowie für seine mühe- und verantwortungsvolle Arbeit während des ganzen Jahres.

Zum Punkt 4 der Tagesordnung verlas Herr Bankdirektor Schwarzkopf den

Bericht der Rechnungsprüfer

Er lautet: »Die Unterzeichneten Joachim Schwarzkopf und Dr. Dietrich Landes haben am 12. Oktober 1978 aufgrund des ihnen in der letzten Hauptversammlung der Vereinigung erteilten Auftrages die Jahresrechnung der Vereinigung anhand der vorhandenen Rechnungsunterlagen geprüft.

Wie in den Vorjahren wurde auf die zahlenmäßige Einzelprüfung im Hinblick auf die Abschlußprüfung der Revisionsabteilung der Brown, Boveri & Cie. AG verzichtet.

Die Gesamtabrechnung sowie die satzungsgemäße Bewilligung der Mittel und deren Verausgabung wurden stichprobenweise geprüft, inclusive der buchungsmäßigen Abwicklung über die Konten. Es haben sich dabei keine Beanstandungen ergeben.

Unser Dank gilt Herrn Dr. Wenzel und Herrn Dr. von Werder sowie Frau Schober für die im Geschäftsjahr 1977/78 geleistete Arbeit, die an Umfang und Wirksamkeit nicht unterschätzt werden darf.«

Nachdem Wortmeldungen zu diesem mit Beifall aufgenommenen Bericht nicht erfolgten, stellte Herr Schwarzkopf den Antrag auf Entlastung des geschäftsführenden Vorstandes, der unter Stimmenthaltung der Betroffenen einstimmig angenommen wurde.

Herr Dr. Toeller dankte den Rechnungsprüfern für die geleistete Arbeit und der Versammlung für das durch die Entlastung bewiesene Vertrauen.

Zum nächsten Punkt der Tagesordnung

5. Wahlen zu Vorstand und Vorstandsrat

übernahm der Ehrenpräsident, Herr Senator Büchner, die Leitung der Versammlung, da der Vorsitzende der Vereinigung selbst für eine Wiederwahl kandidiert. Herr Büchner

erläuterte unter Hinweis auf die den Mitgliedern vorliegenden Stimmzettel kurz das Wahlverfahren und gab bekannt, daß die der Versammlung hinreichend bekannten Herren Dr. Toeller, Dr. Wenzel und Professor Habermehl für eine Wiederwahl in den Vorstand anstehen. Herr Professor Schnörr, dessen Amtszeit ebenfalls turnusmäßig abgelaufen ist, hat gebeten, von seiner Wiederwahl in den Vorstand abzusehen, weil er in die Konzernleitung der BBC in die Schweiz versetzt worden ist.

An seiner Stelle soll Herr Dr.-Ing. Herbert Gassert, stellvertretendes Vorstandsmitglied der BBC AG., Mannheim, neu in den Vorstand gewählt werden. Der anwesende Kandidat gab seiner Verbundenheit mit der Darmstädter Hochschule Ausdruck und versprach sich im Falle seiner Wahl zu bemühen, das Amt ordentlich auszuüben. Ihr besonderes Interesse an der Vereinigung haben 14 bisherige Vorstandsratsmitglieder dadurch bekundet, daß sie sich für eine Wiederwahl in den Vorstandsrat zur Verfügung gestellt haben. Von den beiden für eine Neuwahl in den Vorstandsrat vorgeschlagenen Herren war Herr Joseph Van Riet, Geschäftsführer der Messer-Griesheim GmbH, anwesend, während Herr Dr. Joachim Plenz, Vorsitzender der Geschäftsführung der CIBA-GEIGY MARIENBERG GMBH, wegen einer dringenden beruflichen Verpflichtung an der Jahrestagung leider nicht teilnehmen konnte.

Die zuständigen Gremien der Technischen Hochschule haben für die neue Amtsperiode als Vertreter der Fachbereiche, bzw. Fachbereichsgruppen für die Fachbereiche 4, 5 und 6 Herrn Professor Dr.-Ing. Dietmar Gross (Neuwahl), für die Fachbereiche 7, 8 und 9 Herrn Professor Dr. rer. nat. Fritz Fetting (Wiederwahl), für den Fachbereich 15 Herrn Professor Dr.-Ing. Gerd Fesel (Wiederwahl) und für die Fachbereiche 19 und 20 Herrn Professor Dr.-Ing. Hans-Jürgen Hoffmann (Neuwahl) nominiert.

Herr Büchner hält eine Aufstockung des Vorstandsrates für wünschenswert und appellierte an die Vorstandsrate und Mitglieder, sich darüber Gedanken zu machen und entsprechende Vorschläge dem Vorstand oder der Geschäftsstelle zuzuleiten. Nach Einsammlung der Stimmzettel gab Ehrenpräsident Büchner die Leitung der Versammlung an Herrn Dr. Toeller zurück, der nach Auszählung das Wahlergebnis bekanntgab: Sowohl bei den Wahlen zum Vorstand als auch bei den Wahlen zum Vorstandsrat waren von 46 abgegebenen Stimmen 46 mit dem Wahlvorschlag vorbehaltlos einverstanden. Damit waren alle Wahlvorschläge angenommen.

In den Vorstand wurden wiedergewählt:

Ehrensator Dr.-Ing. Heinrich Toeller,
Kuckucksweg 3, 6240 Königstein
Dr. rer. nat. Franz Wenzel,
Geschäftsführer der Firma Röhm GmbH, Zeyherweg 5, 6100 Darmstadt
Professor Dr. rer. nat. Gerhard Habermehl,
Technische Hochschule Darmstadt

In den Vorstand wurde neu gewählt:

Dr.-Ing. Herbert Gassert,
stellv. Vorstandsmitglied der Firma Brown, Boveri & Cie. AG, Mannheim,
Ulmenstraße 9, 6945 Hirschberg

In den Vorstandsrat wurden wiedergewählt:

Dr.-Ing. Gerhard Birkle,
Seeheim 10, 8990 Lindau
Konsul Wilfried Braun,
Vorsitzender des Vorstandes der Firma Hartmann & Braun AG,
Gräfstraße 97, 6000 Frankfurt/Main 90
Ehrensator Dipl.-Ing. Hans Fritz Fischer,
Vorsitzender des Aufsichtsrates der Firma E. Holtzmann & Cie. AG,
7561 Weisenbachfabrik
Dr.-Ing. Werner Haas,
Leiter der Motorenentwicklung und Erprobung der Firma Adam Opel AG,
6090 Rüsselsheim
Dipl.-Ing. Theodor Henne,
Geschäftsführer der Firma Resopal Werk H. Römmler GmbH,
6114 Groß-Umstadt
Dr.-Ing. Wilfried Krabbe,
Vorstandsmitglied der Firma Philipp Holzmann AG, 6000 Frankfurt/Main
Dr.-Ing. Fritz Meyercordt,
Klopstockstraße 6, 4000 Düsseldorf
Dr.-Ing. Karlheinz Nothnagel,
Georg-Büchner-Straße 27, 6103 Griesheim
Heinz Osterwind,
stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrates der Deutschen Bank AG, 6000 Frankfurt/
Main
Dipl.-Ing. Udo Passavant,
Geschäftsführer der Firma Passavant-Werke Michelbacherhütte,
6207 Aarbergen 7
Dipl.-Ing. Rolf Prange, Architekt BDA,
Novalisstraße 7, 6100 Darmstadt
Dr. rer. nat. Jürgen Schaaflhausen,
Mitglied des Vorstandes der Firma Hoechst AG, 6230 Frankfurt/Main 80
Dipl.-Kfm. Manfred G. Schneider-Rothhaar,
Geschäftsführender Gesellschafter der Hardy-Sloman-Bank GmbH, Frankfurt/
Main, Dieburger Straße 146, 6100 Darmstadt

In den Vorstandsrat wurden neu gewählt:

Dr. Joachim Plenz,
Vorsitzender der Geschäftsführung der Firma
Ciba-Geigy Marienberg GmbH, Bensheim, 6147 Lautertal/Odw.
Ing. Joseph Van Riet,
Geschäftsführer der Firma Messer-Griesheim GmbH,
6000 Frankfurt/Main.
Zu Rechnungsprüfern für das Vereinsjahr 1978/79 wurden die Herren Bank-

direktoren Joachim Schwarzkopf und Dr. Dietrich Landes, die sich dankenswerterweise für dieses Amt weiterhin zur Verfügung stellen, einstimmig gewählt.

Im Namen aller Gewählten dankte der Vorsitzende der Hauptversammlung für das bewiesene Vertrauen und wies darauf hin, daß er nun schon seine dritte Amtsperiode beginne. Dies sei ungewöhnlich, habe sich aber aus bestimmten Umständen so ergeben. In 3 Jahren würde er wohl nicht mehr kandidieren. Herr Dr. Wenzel möchte für seine Person keine diesbezüglichen Voraussagen machen, er hält es nach wie vor für eine befriedigende Aufgabe, neben dem Geldverdienen im Beruf auch der Hochschule zu helfen.

Herr Dr. Toeller bat dann den Schatzmeister zum nächsten Punkt der Tagesordnung

6. Bewilligungen von Beihilfen in Höhe von mehr als 30 000,- DM

das Wort zu nehmen.

Herr Dr. Wenzel führte folgendes aus:

Ich habe heute der Hauptversammlung einen Antrag vorzutragen, der eine Ausgabe betrifft, die über dem Rahmen liegt, über den der Vorstandsrat oder der Vorstand selbst entscheiden könnte. Wie Sie aus der Aufstellung von Herrn Professor Humbach an der Tafel ersehen können, hat der Vorstand, der in eigener Verantwortung nur Bewilligungen bis zu 8000,- DM aussprechen kann, über 58 von insgesamt 72 Anträgen schon selbst entschieden.

Auch haben wir heute bei der Besichtigung der Institute gesehen, daß die Ausgabenpolitik, die wir versuchen, richtig ist, nämlich gezielt mit kleineren Mitteln zu helfen. Um ein kleines Beispiel zu nennen, heute früh wurde uns im Bereich der Biochemie ein Leitfähigkeitsmeßgerät gezeigt, welches das Arbeiten im Bereich der Chromatographie außerordentlich erleichtert. Es hat nur wenige Tausend DM gekostet, konnte aber aus Institutsmitteln nicht angeschafft werden. Wenn Sie sich unsere Durchschnittsausgaben ansehen, so sind es im wesentlichen kleine Mittel, mit denen wir unbürokratisch und rasch helfen können.

Hier handelt es sich nun um einen Brocken, der Gott sei Dank im Lauf des Bewilligungsverfahrens kleiner geworden ist. Es geht um einen Waagensupport für einen Windkanal. Der 3-m-Windkanal der Technischen Hochschule soll modernisiert und, was mir besonders wesentlich erscheint, so umgebaut werden, daß sich die Meßfolge im Windkanal um den Faktor 10 erhöht. Das Ganze ist in einer bewundernswerten Form der Zusammenarbeit verschiedener Stellen in Angriff genommen worden. Die Konstruktion wurde zusammen mit der Firma Dornier durchgeführt; es haben sich noch andere Stellen beteiligt, und was zunächst übriggeblieben war, war ein Antrag auf Beihilfe in Höhe von 85 000,- DM. Diese Summe hätte den Rahmen, den wir bewältigen können, einfach gesprengt. Unsere Ausgabenpolitik soll es uns ermöglichen, auch in Zukunft unbürokratisch helfen zu können. Wenn man durch die modernen Institute geht, die im Rahmen des Neubaues reich ausgestattet sind mit Instrumenten und Maschinen, kann man sich ausrechnen, was in den nächsten Jahren an Reparaturkosten hier anfällt. Da möchten wir mithelfen, Maschinen, die einmal angeschafft worden sind, im Laufen zu halten. Diese 85 000,- DM haben sich nun reduziert, und Dank gilt einmal der Firma Goebel in Darmstadt, die, nachdem ein Teil umkonstruiert worden ist, die Bearbeitung

dieses Teils des Supports übernehmen konnte. Dadurch sind zunächst 25 000,- DM verschwunden. Zum anderen gilt der Dank der Firma BBC, die offensichtlich wirtschaftlicher arbeitet als die Konkurrenz, die ich hier nicht nennen möchte, denn sie hat ein anderes benötigtes Teil um 24 651,- DM billiger angeboten. Damit hat sich der Betrag weiter reduziert, und jetzt gilt Ihnen der Antrag, die noch verbleibenden 34 200,- DM zu bewilligen. Als Ihr Schatzmeister muß ich Ihnen sagen, daß damit die Gesamtsumme, die wir durch den Vorstand, durch den Vorstandsrat und durch Sie bewilligen, etwas mehr als 274 000,- DM ausmachen würde, als Schwabe füge ich hinzu: »Das packen wir«. Ich bitte Sie um Ihre Zustimmung. Bei der folgenden Abstimmung wurde der Antrag einstimmig genehmigt, wofür sich der Schatzmeister bei der Hauptversammlung bedankte.

Zum nächsten Punkt der Tagesordnung

7. Bericht des Präsidenten der Technischen Hochschule

erteilte der Vorsitzende das Wort an Herrn Professor Dr. Helmut Böhme, der folgendes ausführte:

Sehr verehrter Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren!

Ich freue mich, Sie auch bei der diesjährigen Jahreshauptversammlung der Vereinigung von Freunden wieder als Gäste unserer Technischen Hochschule Darmstadt begrüßen zu können, und hoffe, daß die Einblicke in die Laboratorien der Organischen Chemie, die Sie heute vormittag tun konnten, Ihnen einen Eindruck von den geräteintensiven und hochinstallierten Forschungsbereichen unserer Hochschule vermittelt haben. Ich freue mich besonders, daß Sie, Herr Oberbürgermeister, heute im Kreis der Freunde sind, und werte dies als ein Zeichen der Verbundenheit von Hochschule und Stadt, die – das ist eine neue, statistisch ermittelte Zahl, die für uns beide wichtig erscheint – mehr als 80% der Studierenden der THD aus Darmstadt oder der unmittelbaren Umgebung zu versorgen haben. Das ist ein sehr wesentlicher Unterschied zu früher. Wenn also unsere Studenten sozusagen aus der »Provinz« kommen, müssen wir um so mehr darauf achten, daß unsere Hochschule selbst, ihre Lehre und ihre Forschung, nicht »provinziell« wird.

Die Ernst-Ludwigs-Hochschulgesellschaft hat auch im zurückliegenden Jahr der Hochschule im Rahmen ihrer, wie wir wissen, leider begrenzten Möglichkeiten vielfältige Hilfe und Unterstützung geleistet, für die ich herzlich danke. Ich freue mich, daß es möglich war, den Rahmen der diesjährigen Ausschüttung um 58% zu erweitern und damit in einer ganzen Reihe von Fällen unbürokratisch Hilfe zu leisten, in denen mit relativ bescheidenen Mitteln Fortschritte der Forschungsarbeiten erzielt werden können. Es hat sich vor allem gezeigt, daß die Unterstützung der Freunde bei der Ergänzung ausländischer Zeitschriftenbestände und wichtiger Geräte, die im Rahmen des normalen Budgets nicht befriedigt werden können, außerordentlich wertvoll ist. Ich möchte an dieser Stelle einer Aktion besonders Dank sagen, die es uns ermöglicht hat, die Bibliothek der Technikgeschichte aufzubauen. Ohne eine großzügige Unterstützung,

die wir Herrn Dr. Werner verdanken, wäre es nicht möglich gewesen, den Umfang der Bibliothek auf etwa 80 000,- DM zu bringen.

Mein besonderer Dank gilt dem Vertrauen, das Sie mir auch im vergangenen Jahr entgegengebracht haben. Erlauben Sie mir, Herr Dr. Toeller und Herr Dr. Wenzel, Sie zur Wiederwahl zu beglückwünschen. Ich möchte Ihnen aber auch Dank sagen. Ich weiß, wie schwierig es in den letzten acht Jahren gewesen ist, Verbindungen wiederherzustellen, die eigentlich normal und selbstverständlich sein sollten. Ihren Rat wußte und weiß ich zu schätzen und bitte, ihn mir auch weiterhin zu geben. Wir sind eine Technische Hochschule und keine Universität. Eine Technische Hochschule lebt mit der Industrie, ist sich des Zusammenhangs von Ausbildung und Produktion bewußt. Zwar geraten auch wir zuweilen in die Gefahr akademischer Selbstzufriedenheit, doch letzten Endes werden wir daran gemessen, was wir leisten, und leisten können wir nur dann etwas, wenn wir unsere »Produktion« absetzen. Das ist uns bisher gelungen, unsere Studenten haben gute Berufsaussichten, und ich muß sagen, daß die Technische Hochschule Darmstadt neben Aachen wiederum die einzige ist, deren Kapazität ausgelastet ist. Daran zeigt sich, daß Darmstadt weiterhin einen guten Namen hat, dessen Kontinuität besonders im Raum zwischen Frankfurt und Heidelberg erkennbar ist, wengleich (oder gerade weil) Darmstadt mit Frankfurt und Heidelberg nicht verglichen werden kann.

Eine kleine Zwischenbemerkung: Das Waldemar-Petersen-Haus, das Sie, Herr Toeller, vorhin angesprochen haben, kann dank der Unterstützung von 80 000,- DM, die die Landesregierung zur Verfügung stellt, nun seinen Verpflichtungen nachkommen. Die Belastungen können in gewissem Maß abgebaut werden, Schuldzinsen wurden wiederum überwiesen.

Ich komme nun zu meinem Bericht über das zurückliegende Jahr. Der Höhepunkt des Wachstums der Studentenzahlen scheint im Augenblick wenn nicht überschritten, so doch zumindest erreicht zu sein. In diesem Wintersemester hat die TH Darmstadt etwa 11 000 Studenten. Möglicherweise ergibt sich, wenn die genauen Zahlen vorliegen, sogar ein Rückgang von einigen Hundert Studierenden, auf keinen Fall aber ein starkes Ansteigen der Studentenzahl, von dem ich in den vergangenen Jahren immer wieder zu berichten hatte. Dieser leichte Rückgang ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß die Studierwilligkeit der Abiturienten abgenommen hat: während noch vor zwei Jahren der Anteil eines Abiturientenjahrganges, der ein Studium aufnahm, bei über 90% lag, ist er nunmehr auf ca. 70% zurückgegangen. Es wäre aber falsch, hieraus voreilige Schlüsse zu ziehen und etwa dringend erforderliche Maßnahmen, wie ein »Überlastprogramm«, abzublenden. Eine Neigung dazu besteht bei einzelnen Landesregierungen, obwohl man gleichzeitig die politische Forderung aufstellt, daß etwa ein Viertel eines Jahrgangs weiterführende Schulen besuchen sollte. Ich meine, daß wir davon ausgehen müssen, daß diese Abiturienten, die jetzt z. B. zunächst zur Bundeswehr gehen oder eine Lehre absolvieren, mit 2 bis 3 Jahren Verzögerung doch wieder auf die Universitäten zukommen und dann – zusammen mit den »normalen« Jahrgängen – einen weiteren erheblichen Schub auslösen. Die Probleme verschieben sich also nur um einige Jahre, denn es gibt keine alternativen Möglichkeiten, keine dieser weiter-

bildenden Schule einigermaßen vergleichbare Studiausbildung. Ungeachtet aller Schwierigkeiten müssen die Hochschulen darüber hinaus prinzipiell bereit sein und in die Lage versetzt werden, die Ausbildungsansprüche auch der kommenden Studentengeneration zu erfüllen; denn wer kann sich schon die Berechtigung anmaßen, die Lebenschancen eines Teils der heranwachsenden Generation zu beschneiden. Kassandrarufer von einem sogenannten Akademikerproletariat sind historisch gesehen immer nur von denjenigen erhoben worden, die ihre gesellschaftlichen Privilegien durch einen expandierenden Bildungsstandard gefährdet sahen. Wir müssen uns abgewöhnen, Ausbildung als Anspruch auf einen bestimmten Platz im Beschäftigungs- und Besoldungsgefüge zu sehen, hier werden Veränderungen eintreten. Wir müssen dahin kommen, Bildung als Chance und als Möglichkeit zu verstehen, den Anforderungen des Marktes flexibel zu begegnen.

Das bedeutet für uns als Hochschule natürlich auch die Verpflichtung, uns Gedanken über die veränderten Berufsaussichten unserer Absolventen zu machen. Ich habe schon im vergangenen Jahr darauf hingewiesen, daß wir uns bemühen, neue Studiengänge zu entwickeln, die Bedarfslücken füllen können und gute Zukunftschancen durch integrierte Ausbildungsgänge bzw. durch die Verzahnung von Ausbildungselementen, wie sie nur eine Technische Hochschule bieten kann, eröffnen. Wir arbeiten an einer Veränderung des Studienganges für Chemiker, die in der Industrie auf Interesse stößt. Die chemische Fachausbildung soll der des Lehrerstudiengangs angeglichen und durch die Bereiche Wirtschaftswissenschaften, Rechtswissenschaften, Patentwesen usw. ergänzt werden. Absolventen eines solchen Studiengangs eröffnen sich gute Aussichten im Management der chemischen Industrie, während der zukünftige wissenschaftliche Nachwuchs eine vertiefte forschungsorientierte Fachausbildung durchläuft. Ein entsprechendes Modell ist mit Sicherheit auch im Bauingenieurwesen anwendbar und sinnvoll. Neu entwickelt wurde in den letzten Jahren ein Diplomstudiengang »Soziologie« mit einem hohen ingenieurwissenschaftlichen Pflichtanteil. Dieses Diplomstudium hat zwei Schwerpunkte: einmal den Schwerpunkt »Planung« in den Bereichen Architektur und Bauingenieurwesen, zum andern den Schwerpunkt »Organisation« in den Bereichen Wirtschaftsingenieurwesen, Betriebs- und Volkswirtschaftslehre und Rechtswissenschaften. Er kann als gutes Beispiel für eine interdisziplinäre Verbindung verschiedener Fachrichtungen unserer Hochschule und auch als Modell dafür gelten, wie man ökologische Fragen angehen kann. Wir halten nichts von einseitig theorieorientierten Studiengängen, sondern glauben, auf dem richtigen Weg zu sein, wenn wir für Absolventen, die einmal an der Lösung ökologischer Probleme mitarbeiten wollen, ein solides naturwissenschaftliches Fundament – etwa Biologie in Verbindung mit sogenannten »Orchideenfächern« aus dem Bereich der Geowissenschaften – je nach Schwerpunkt kombinieren mit Recht, mit Wirtschaftswissenschaften, mit Statistik, mit Politik oder mit Soziologie.

In dem Zusammenhang unserer Bemühungen, eine Ausbildung von »Fachidioten« zu vermeiden, ohne dadurch das wissenschaftliche Niveau der Studiengänge zu senken, stehen auch unsere Versuche, die Studienreform aus eigener Kraft voranzubringen. »Aus eigener Kraft« heißt, daß wir uns nicht vorschreiben lassen wollen, was eine

ständig wachsende Studienreformbürokratie auf Bundes- und Landesebene sich ausdenkt. Wir wollen mit unserem Beispiel deutlich machen, daß zentral angeordnete Maßnahmen nutzlos sind, denn Studienreform kann nur gelingen, wenn man denen, die sie durchführen sollen, auch die Verantwortung beläßt. Ich denke, hierzulande hat dies jedermann begriffen, und ich hoffe, die durch den Wahlausgang vom 8. Oktober in Hessen erreichte Kontinuität führt nicht wieder in den alten Schlendrian zu glauben, man könne alles von oben befehlen. Unser Beitrag zur Studienreform konzentriert sich insbesondere auf die Gebiete der Orientierungsstufe und des fächerübergreifenden Bereichs. Durch diese Maßnahmen, die einmal dazu beitragen sollen, den Studienanfängern die Berufsentscheidung zu erleichtern und ihnen zu helfen, ihr Studium mit der bestmöglichen Aussicht auf Erfolg einzurichten, und die zum andern sie in jene Gebiete außerhalb ihres zu erlangenden Spezialwissens einführen sollen, die sich für ihre spätere Berufstätigkeit als sinnvoll und notwendig erweisen werden, bemühen wir uns, die Ausbildung unserer Absolventen so breit anzulegen, daß sie zukünftigen Anforderungen gerecht werden und mit der nötigen Flexibilität darauf reagieren können. Außerdem versuchen wir, die Rückkoppelung mit den entsprechenden Zweigen der Industrie in unsere Reformarbeit einzubauen; denn wir benötigen diese Rückkoppelung. Nur durch gemeinsame Anstrengung können wir der Lösung unserer Probleme näherkommen. Ich sage dies nicht nur vor Ihnen, ich sage dies grundsätzlich überall, wo ich die Stellung einer Technischen Hochschule zu umreißen habe.

Wenn wir auch noch einige Jahre mit einem Studentenansturm rechnen müssen, der unsere Kapazitäten mindestens voll in Anspruch nimmt, so ist doch für die achtziger Jahre, wenn die geburtenschwachen Jahrgänge auf uns zukommen – also einmal Überlast, dann wieder Unterlast –, eine veränderte Situation abzusehen, auf die wir uns vorzubereiten und die wir in unsere Planungen einzubeziehen haben. Bisher sind uns immer wieder Probleme dadurch entstanden, daß wir erst nachträglich auf veränderte Bedingungen reagieren und unsere Planungen darauf einstellen konnten. Das ist natürlich das teuerste Verfahren. Jetzt haben wir bereits eine Reihe von vorausschauenden Maßnahmen eingeleitet, die uns neue Anregungen vermitteln und unseren Blick für zukünftige Probleme schärfen sollen. Hier ist einmal das zu nennen, was ich in meinem vorigen Bericht mit dem Begriff »Öffnung in die Region«, aus der unsere Studenten kommen, umrissen habe. Nach den gemeinsamen Vortragsreihen mit Gewerkschaften und Arbeitgebern unserer Region haben wir im Wintersemester vergangenen Jahres wiederum ein Seminar zusammen mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund veranstaltet, in dem Fragen der »Humanisierung der Arbeitswelt« vertieft behandelt wurden. Ein Symposium über Regionalforschung und Landesentwicklungsplanung, das im vorigen Herbst stattfand und erstmalig Vertreter von raumorientierter Wissenschaft, Raumplanung und Politik zu einem Informationsaustausch über Wege und Ziele einer rational fundierten Raumordnungspolitik zusammenführte, hat uns veranlaßt, unser Augenmerk mehr als bisher auf die Fragen der Regionalforschung zu lenken und entsprechende Vorhaben zu unterstützen und zu fördern.

Unter dem Stichwort »Studium für alle« haben wir die Zahl der Veranstaltungen, die sich nicht nur an alle Hochschulmitglieder wenden, sondern auch für interessierte hochschul-

fremde Teilnehmer aus Stadt und Umgebung geeignet sind, erweitert und erhoffen uns davon u. a. eine bessere Einbindung unserer Hochschule in das Gemeinwesen Darmstadt. Damit ist nicht etwa eine Konkurrenz zur Volkshochschule beabsichtigt, wie man aus etwas unglücklich gewählten Zeitungsüberschriften vielleicht hätte folgern können. Aber ich glaube, daß wir auf die Frage, was eine Hochschule für ihre Umgebung leistet, eine ganz gute Antwort geben können.

Eine mit dem Personalrat getroffene Dienstvereinbarung über den Einsatz unserer wissenschaftlichen Kapazität für die Weiterbildung unserer in der Verwaltung und den Fachbereichen tätigen nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter wurde in diesem Wintersemester erstmals durch ein Weiterbildungsprogramm verwirklicht, das verwaltungstechnische, verwaltungsrechtliche und Sprachkurse umfaßt und vor allem in den technischen Bereich hinein weiterentwickelt werden soll. Die Reaktion unserer Mitarbeiter auf dieses Programm war großartig: mehr als 250 haben sich gemeldet, und es ist deutlich erkennbar, daß die Nachfrage in einem unmittelbaren Bezug zur Tätigkeit steht und die Weiterbildung dazu beitragen soll, den eigenen Arbeitsplatz im Gesamtgefüge einzuordnen oder durch Höherqualifizierung zu verbessern. Eine solche projektbezogene Ausbildung ihrer Mitarbeiter haben bis jetzt erst wenige Technische Hochschulen organisiert – außer der TH Darmstadt sind es Aachen und Zürich.

Die größte Aufgabe, der wir unsere Aufmerksamkeit im Blick auf die späten 80er Jahre schenken müssen, ist das Kontaktstudium zur Weiterbildung an verantwortlicher Stelle im Beruf stehender Personen. Schon lange sind die Universitäten aufgerufen, ihren Beitrag zum »life-long learning« zu leisten, dem sie aber bislang wegen ihrer starken Beanspruchung nicht nachkommen konnten. Die VDI-Studie, die Herr Toeller angesprochen hat, enthält ja noch eine zweite Aussage: Die im Beruf stehenden Ingenieure gaben an, daß sie 25% ihrer mathematisch-naturwissenschaftlichen Grundkenntnisse, aber 80% ihrer Kenntnisse im nichttechnischen Bereich nach dem Studium, durch die von den Verbänden und der Industrie selbst gebotene Weiterbildung erworben haben. Und sie haben deutlich auf dieses Ausbildungsdefizit hingewiesen, das im Beruf nicht mehr aufgeholt werden kann, wenn nicht Einblicke in die Methoden und Denkweisen nichttechnischer Wissenschaften schon vorhanden sind. Wir müssen uns überlegen – auf IKIA II komme ich noch zu sprechen –, was wir in diesem Bereich leisten können. Es geht nicht an, die solide Ausbildung des Ingenieurs durch Diskussionswissenschaften aufzuweichen, aber es geht auch nicht an, die Diskussionswissenschaften als ein Additum zu begreifen, das später aufgesetzt werden kann.

Ich möchte mich nun einigen generellen und speziellen Problemen zuwenden, die uns im vergangenen Jahr und voraussehbar auch noch in Zukunft Schwierigkeiten bereitet haben und bereiten werden. Wir beobachten seit geraumer Zeit mit einiger Sorge im Hochschulwesen (aber nicht nur dort) eine Tendenz – sie wird im wesentlichen von Bundesbehörden gefördert –, die man gemeinhin mit »Zentralisierung« kennzeichnet, begleitet von einer wachsenden »Bürokratisierung« und »Verrechtlichung«. Diese Tendenz kann man in der Vergangenheit an verschiedenen Etappen deutlich machen. Da war zunächst die Einrichtung der Zentralen Vergabestelle für Studienplätze. Sie resultierte aus einer Forderung des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahre 1972.

Das Gericht verlagerte – vom grünen Tisch aus gesehen vielleicht ganz sinnvoll – die Verwaltung des Numerus clausus von den Hochschulen weg auf eine zentrale Instanz. Die Folgen sind jedem Hochschulangehörigen evident sichtbar: ein bürokratischer Moloch bewirkte zwar sicher ein Höchstmaß an Einheitlichkeit, aber auch an Undurchsichtigkeit und Ungerechtigkeit im Einzelfall. Unsere Hochschule hat sich gegen dieses Unternehmen von Anfang an gewehrt, und die jetzige Entwicklung hat ihr recht gegeben. Ohne die Selbstbesinnung auf unsere Leistungsfähigkeit wäre das Chaos noch größer geworden. Wir haben unsere eigenen Clearing-Stellen eingerichtet, und das hat funktioniert.

Die nächste Etappe könnte man – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – etwa mit der Einrichtung von Planungsabteilungen in vielen Kultusministerien beschreiben. Mit dieser Bürokratie wurde zwar versucht, verstärkt perspektivisch orientierte Entscheidungen in den Ministerien zu ermöglichen, aber gleichzeitig führte ihre Tätigkeit in den Hochschulen zu einem erhöhten Arbeitsaufwand, ohne daß auch nur eine Mark oder eine Stelle hinzukam. Dagegen wuchs der Koordinierungsaufwand in und zwischen den Institutionen erheblich. Für die TH Darmstadt kann ich sagen, daß wir im Vergleich zu anderen Universitäten vergleichbarer Größe die kleinste zentrale Administration haben. Sie hat zur Service-Leistung für unsere eigenen demokratisch legitimierten Organe ausgereicht. Seitdem es diesen Planungsapparat im Ministerium gibt, der täglich Fragebogen, Umfragen usw. produziert, geraten wir in Bedrängnis. Wir können unsere eigenen Ausschüsse nicht mehr richtig versorgen, und das gibt natürlich Reibung und Sand im eigenen Getriebe.

Als dritte Etappe könnte man das Inkrafttreten des Hochschulrahmengesetzes bezeichnen, das insbesondere mit seinen Regelstudienzeiten und den zentralen Studienreformkommissionen, ergänzt durch Ordnungsrechte und bürokratische Eingriffsmöglichkeiten, ebenfalls der zentralistischen Idee stark huldigt. Es wird immer schwieriger zu sagen, für wen eigentlich hier die Gesetze wirken sollen: für den Apparat selbst, für Ruhe und Ordnung oder für den Studenten, für Ausbildung und Forschung. Zum Glück sorgt die deutsche Perfektion zeitweilig dafür, daß die Gesetze sich gegenseitig aufheben, und uns als Hochschulen ein schmaler Verantwortungsspielraum bleibt.

Die vorläufig letzte, noch nicht abgeschlossene Etappe bildet meiner Ansicht nach der Bericht der Bundesregierung über die strukturellen Probleme des föderativen Bildungssystems von Anfang dieses Jahres. Es ist nicht zu bestreiten, daß auf dem Bildungssektor in den einzelnen Bundesländern unterschiedliche Entwicklungen aufgetreten sind. Sie haben in einigen Fällen zu problematischen Auseinanderentwicklungen geführt und werden sicherlich Folgeschäden etwa im Bereich der Arbeitsmarktpolitik nach sich ziehen. Aber genügt dies, um die Tradition der deutschen Bildungsentwicklung ins Abseits zu stellen und zu glauben, allein aus der zentralen Bundesentscheidung sei das Heil zu erwarten? Man muß sich doch die Frage stellen, ob nicht gerade im föderalistischen System bewußt eine Vielfalt angelegt ist, die zu einem attraktiven und breiten Bildungsangebot führt. Aus dieser Vielfalt werden eher Anregungen zu einem Wechsel von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen geschaffen als aus der Gleichmacherei mit zentralistischem Erlaß. So halte ich es auch bei aller Würdigung des Problems für bedenk-

lich, wenn die Bundesregierung angekündigt hat, sie werde Initiativen ergreifen, um mit einem Gesetzentwurf eine einheitliche Studiendauer und die schulpraktische Ausbildung der Lehrer zu erwägen. Ich fürchte, daß der Preis an Zentralismus, der hier gezahlt werden muß, zu hoch ist für den positiven Effekt, den eine solche Initiative vielleicht auch haben könnte. In diesem Geleitzug von Bund und Ländern wird wieder der Langsamste das Tempo bestimmen, und im Zweifelsfall wird wieder ein Stück Hochschulverantwortung amputiert – und das ist etwas, was ich mit großer Vehemenz und heftigem Widerstand ablehne.

Abstriche von der Autonomie der Hochschulen hat uns auch – gegen unseren Widerspruch und ohne gesetzliche Notwendigkeit – das novellierte hessische Hochschulrecht beschert, das als Anpassung an das Hochschulrahmengesetz in diesem Sommer in Kraft getreten ist. Es verfügte beispielsweise die zusätzliche Genehmigungspflicht von Studienordnungen. Nach meiner Überzeugung genügte die seitherige Regelung der Genehmigung von Prüfungsordnungen vollauf, um dem legitimen Anspruch des Gesetzgebers und der Exekutive gerecht zu werden. Aber mit der Genehmigung von Studienordnungen – bislang Aufgabe der Hochschulen – ist doch mindestens die Gefahr gegeben, daß das Engagement von Studenten, Professoren und Mitarbeitern in Studienreformfragen abbricht: wenn sich Hochschulgremien in intensiven, bisweilen leidenschaftlichen Auseinandersetzungen zu einem Ergebnis durchringen, dieses dann aber durch Erwägungen eines einzelnen Kultusbeamten in Frage gestellt werden kann, dann wird die Bereitschaft zur Mitarbeit und Verantwortung nicht gefördert.

Auf dem Personalsektor bereitete uns im Berichtszeitraum vor allem die Situation des wissenschaftlichen Nachwuchses Sorge. Der größte Teil der 1972 erstmals begründeten, zeitlich befristeten Dozentenverträge lief 1978 aus. Wir haben uns – wie ich glaube, mit einigem Erfolg – bemüht, im Zusammenwirken mit dem Kultusminister allzu krasse individuelle oder strukturelle Ungerechtigkeiten zu vermeiden und den Übergang möglichst reibungslos zu gestalten. Es ist uns auch gelungen, unsere Dozenten sind untergekommen, noch vorhandene Probleme konnten mittlerweile gelöst werden. Einige, die besonders lautstark gegen die Schwierigkeiten, die die befristeten Dozentenverträge verursacht haben, protestierten, haben nachträglich ihr Überwechseln in die Industrie begrüßt, nachdem sie gesehen haben, daß man auch außerhalb der Hochschule leben kann.

Im Zusammenhang mit den auslaufenden Dozentenverhältnissen beschäftigte uns auch die unterschiedliche Ausstattung der Fachbereiche mit Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter, verknüpft mit der Frage nach der Mindestausstattung. Es ist dies ein leidiges Thema: ohne die Verkasselung von Stellen – so nenne ich den Abzug von Stellen zugunsten der Gesamthochschule Kassel – wären unsere Probleme erheblich leichter lösbar, und wir hätten es nicht nötig, uns wegen 20 Stellen gegenseitig den Kopf abzubeißen. Die Gesamthochschule Kassel ist eingerichtet, und es ist eine Verpflichtung des Landes, sie zu alimentieren und auszustatten, aber nicht auf Kosten der anderen Universitäten.

Die bundeseinheitliche Besoldungsneuordnung für Professoren birgt die Gefahr, daß in den technischen Fachbereichen Berufungen aus der Praxis erschwert oder gar un-

möglich gemacht werden könnten, da eine Begrenzung der Zahl derjenigen Stellen vorgesehen sein soll, bei denen Verhandlungen über die persönlichen Bezüge, etwa durch Vorwegnahme von Dienstaltersstufen bzw. durch Sondergrundgehälter, möglich sind. Das ist in dürren Worten die Beschreibung einer unserer Existenzfragen. Bisher konnten wir bei Berufungen aus der Praxis durch Sondergehälter und die Vorverlegung von Dienstaltersstufen und den Vorzug der Emeritierung ein gegenüber der Industrie zwar geringeres, aber immerhin vergleichbares Salär bieten. Nach der Besoldungsneuordnung werden die Professoren pensioniert – dieser Beschluß wird von allen Parteien getragen –, dadurch fällt das eine Plus weg. Und die Gehaltsangebote, die ich z. Zt. machen kann, liegen nun um 30 bis 45% unter den Verdienstmöglichkeiten in der Industrie. Damit haben wir kaum noch eine Chance, in der Praxis tätige hervorragende Wissenschaftler für die Hochschule zu gewinnen. Zum Glück haben inzwischen auch der Kultusminister und vor allem der Hessische Ministerpräsident die Ernsthaftigkeit dieses Problems erkannt. Ich hoffe deshalb, daß für die Technische Hochschule eine Sonderregelung getroffen werden kann, die es uns erlaubt, in begründeten Fällen die seitherige Berufungspolitik weiterzuführen. Zumindest hat Herr Börner zugesagt, sich dafür einzusetzen.

In meinem letzten Bericht habe ich schon darauf hingewiesen, daß, nachdem unsere Neubauten im wesentlichen fertiggestellt und ausgestattet sind, der für Forschung und Lehre eingesetzte Gerätepark der Hochschule in kurzer Zeit erneuerungsbedürftig sein wird, da nur im Rahmen der Inbetriebnahme von Neubauten eine Modernisierung der Geräteausstattung möglich ist. Das betrifft vor allem die Gebäude der ersten umfangreichen Neubauphase – Nachrichtentechnik und Energietechnik –, die jetzt 15 bis 18 Jahre alt sind. Die durch die Stagnierung der Bautätigkeit im Hochschulbereich entstehende Überalterung unseres Geräteparks ist ein Problem, bei dessen Lösung wir in den nächsten Jahren wahrscheinlich in dringenden Fällen Ihre unbürokratische Hilfe, zumindest zur Überbrückung, werden erbitten müssen. Denn es besteht eine einigermaßen hoffnungsvolle Aussicht, daß wir ein Reinvestitionsprogramm bekommen werden, das es uns erlaubt, Geräte zu reparieren bzw. wieder zu beschaffen. Allerdings wird dies nur gelingen, wenn die Hochschulen im politischen Bereich nicht nur nachweisen, welche Ansprüche sie haben, sondern auch nachweisen, was sie leisten können. Deshalb bin ich trotz aller Probleme, die wir sonst haben, eigentlich ganz froh, daß es außer uns in Hessen noch eine Hochschule gibt, die in den technischen Bereich hineinwachsen soll und überhaupt kein Geld hat. Das hat besonders bei den nordhessischen Abgeordneten das Problembewußtsein geschärft, daß Technische Hochschulen anders zu behandeln sind als Institute für Geschichte, für Politikwissenschaft oder für Pädagogik.

Ich freue mich, daß ich trotz der Stagnation auf dem Bausektor über drei Projekte berichten kann, die nach langer Vorbereitungszeit in diesem Jahr abgeschlossen oder in Angriff genommen wurden. Wir haben die Studentenwohnheime am Karlsruhof übernommen, und vielleicht wäre dies eine Gelegenheit für Sie, einmal auf ungewohnte Art einen Einblick in das Leben unserer Hochschule zu nehmen. Ich glaube nicht, daß diese Wohnheime ein »Akademikerghetto« bleiben werden; denn die Studenten bemü-

hen sich mit erstaunlicher Vehemenz, eine intensive Beziehung zu den Bewohnern der angrenzenden Gebiete herzustellen. Allerdings haben sie das Pech, daß ihre unmittelbaren Nachbarn Postsekretäre mit einem anderen Lebensrhythmus sind. – Die neue Mensa auf der Lichtwiese ist fertiggestellt und in Betrieb genommen. Auch sie soll nicht nur die Verpflegung der Hochschulmitglieder gewährleisten, sondern einen Beitrag zur Anbindung der Lichtwiese an die Stadt ermöglichen. – Der Umbau der früher als Studentenheim genutzten Jugendstilvilla in der Dieburger Straße zu einem Gästehaus der TH Darmstadt in Verbindung mit der Gesellschaft für Schwerionenforschung hat begonnen. Ich hoffe, daß dieses Haus zu einem wirklichen internationalen Begegnungszentrum werden wird, das wir bisher um so schmerzlicher vermißt haben, als die TH Darmstadt immer häufiger Tagungsort für bedeutende wissenschaftliche Kongresse wird, die unseren Mitgliedern wertvolle Kontakte zur internationalen »scientific community« einbringen.

Ich möchte noch ganz kurz eingehen auf den Zweiten Internationalen Kongreß für Ingenieurausbildung, den wir vom 4. bis 6. Oktober veranstaltet haben. Es war ein Kongreß, der Denkanstöße und Anregungen vermitteln sollte und ganz bewußt in der Tradition des 1. Internationalen Kongresses für Ingenieurausbildung stand, der 1947 in Darmstadt abgehalten wurde und den Hochschulmitgliedern damals in der zerbombten Stadt die Möglichkeit gegeben hat, sich über den internationalen Stand der Forschung auf ihren Arbeitsgebieten zu informieren. Ziel des Kongresses damals war die Standortbestimmung der Technik in einer veränderten Welt. Gut dreißig Jahre später hielten wir es für an der Zeit, führenden Ingenieurwissenschaftlern und in der Praxis stehenden Ingenieuren wiederum ein Forum zur Diskussion der Kernfragen der Ingenieurausbildung unter den heutigen Rahmenbedingungen zur Verfügung zu stellen. Präsident und Senat haben den Kongreß gemeinsam vorbereitet, und diejenigen, die teilgenommen haben, werden mir zustimmen, daß er sorgfältig und überlegt geplant und durchgeführt worden ist. IKIA II, für dessen finanzielle Unterstützung wir neben dem Land Hessen vor allem der Otto-Röhm-Stiftung zu danken haben, wurde vom VDI und auch von der Vereinigung von Freunden der THD mitgetragen. Während ich es als sparsamer Schwabe vermeiden konnte, Sie bei der Finanzierung unserer Feier – 100 Jahre: »Technische Hochschule Darmstadt« – in Anspruch zu nehmen, brauche ich für diesen Kongreß, bzw. für die Veröffentlichung der Beiträge und Ergebnisse, Ihre Unterstützung. Meine Bitte wird aber im Rahmen dessen liegen, was Sie für die 100-Jahr-Feier vorgesehen hatten, so daß wir Sie nicht allzu sehr belasten müssen. Der Kongreß gliedert sich in drei Sektionen: »Anforderungen der Praxis an die Ingenieurausbildung« – diese Sektion wurde von Herrn Kollegen Schäfer vorbereitet; »Ausbildung in den Sozialwissenschaften« – eine Sektion, in der ich tätig war; »Ausbildung in den technischen Wissenschaften und den naturwissenschaftlichen Grundlagenfächern« – hier haben wir Herrn Kollegen Becker für seine Mitarbeit zu danken. Die Diskutierfreudigkeit und das lebhaftes Echo der Teilnehmer haben uns sehr gefreut und uns in unserer Meinung bestärkt, daß ein Bedürfnis nach einer Standortbestimmung der wissenschaftlichen Ingenieurausbildung angesichts der schwierigen und vielfältigen, von der Technik zu bewältigenden Zukunftsaufgaben besteht. Ich hätte mir allerdings gewünscht, daß bei

der Beteiligung unserer Hochschulmitglieder die verschiedenen Interessenfronten etwas weniger deutlich geworden wären; denn ich habe festgestellt: wenn es um die Rolle der Sozialwissenschaften ging, waren besonders die Sozialwissenschaftler da, und bei der Diskussion der Grundlagenfächer waren eben die Grundlagen-Leute da. Vielleicht wäre es umgekehrt auch einmal ganz gut gewesen, voneinander etwas zu lernen. Es hat sich gezeigt, daß die Frage der Einbindung der Sozialwissenschaften im weitesten Sinne in das Studium der Ingenieurwissenschaften von allen Teilnehmern als ein Kernproblem angesehen wurde. Zwar gingen über das Wie und Was und erst recht über das Wieviel die Meinungen erheblich auseinander; man war sich aber sicherlich einig in der Forderung – und da kann ich nur bestätigen, was Herr Toeller gesagt hat –, gegenseitige Vorurteile abzubauen und in Gesprächen, zu denen dieser Kongreß Ansätze und Impulse gegeben hat, das Verständnis zwischen den Disziplinen zu fördern, vor allem auch dem Mißverständnis entgegenzuwirken, daß der Ingenieur nur angewandter Grundlagenwissenschaftler sei oder nur ausgesparter Sozialwissenschaftler: Er ist etwas eigenes – weder das eine noch das andere. Wir sehen es als unsere Aufgabe an, die vielfältigen Anregungen zur Weiterentwicklung des Studiums in den technischen Wissenschaften, die dieser Kongreß gebracht hat, aufzugreifen und fortzuführen. Wir hoffen, daß unsere Initiativen die Politiker dazu bewegen können, zur Bewältigung der anstehenden ökologischen Fragen, der Fragen der Haushaltsbeziehungen zwischen Natur und Kultur, ähnlich wie vor Jahren zur Ankurbelung der Computerindustrie und der Informatikwissenschaft, ein Dringlichkeitsprogramm zu schaffen. Und das zweite Ergebnis, das dieser Kongreß haben sollte und haben wird, ist, daß wir uns der Problematik des Technologietransfers stellen müssen. Wir müssen Mittel und Wege finden, die Umsetzung und Vermittlung technischen Wissens zwischen den Forschungseinrichtungen einerseits und den Betrieben einer Region, eines Landes andererseits organisatorisch zu bewältigen. Der Aufbau einer solchen Technologietransferstelle, die weiterhin einsetzbar sein muß für die Vermittlung technischen Wissens zwischen Ländern unterschiedlicher technologischer Entwicklungsstufe, ist eine Aufgabe, die wir nur in enger Verbindung gerade mit den Mitgliedern der Freunde unserer Hochschule leisten können, ebenso wie die Weiterbildung für Praktiker im Sinne einer Prozeßinnovation. Für eine solche Organisation dürfen wir nicht als erstes den Staat und staatliche Stellen als Geburtshelfer und Finanziers heranziehen. Wir müssen aus eigener Kraft einen Anfang machen und eine solche Technologietransferstelle so einrichten und so »verkaufen«, daß Unternehmen erkennen, daß das, was wir forschen, für sie wichtig ist, und auch motiviert werden, für den von uns geleisteten wissenschaftlichen Service zu bezahlen. Damit würde dann die Rückkoppelung der Praxis zur Universität und gleichzeitig die Beratung der Fachbereiche in Fragen der Weiterbildung der Ingenieure aus der Sicht der Industrie einen entscheidenden Schritt weitergebracht. Wir dürfen uns nämlich über eines nicht täuschen: Natürlich ist es richtig und erstrebenswert, Professoren aus der Praxis zu berufen, nur – wenn ein Professor einmal eine Generation lang an einer Hochschule gelebt und gelehrt hat, ist er längst zum Beamten geworden, und die Praxiserfahrung erscheint ihm dann im nostalgischen Licht der Erinnerung. Praxis kann aber nicht aus der Erinnerung heraus gelehrt werden, sie muß durch eine

ständige Verbindung erneuert und aufgefrischt werden. Wenn Sie als Freunde uns helfen, diese Verbindung zwischen Hochschule und Praxis, unbeeinflusst durch politischen Meinungsstreit, zu pflegen und zu entwickeln, dann erwächst daraus etwas, das höher einzuschätzen ist als finanzielle Unterstützung: Vertrauen und Anregung. Ich hoffe, Sie haben Verständnis dafür, daß ich am Ende des letzten Berichts des Präsidenten in dieser Amtszeit etwas philosophischer geworden bin und einige Zukunftsaspekte aufzuzeigen versucht habe, für die wir Ihre Mitwirkung benötigen und erbitten. Die Hochschule und ich danken Ihnen für Ihr Vertrauen.

Den Dank der Versammlung für den mit großem Beifall aufgenommenen Bericht des Präsidenten faßte Herr Dr. Toeller mit folgenden Worten zusammen: Ich darf Ihnen, Herr Professor Böhme, sehr herzlich danken für Ihre Ausführungen, für den Einblick in das innere Geschehen der Hochschule, den wir getan haben. Im Anschluß an Ihren Bericht hat es ja immer ein lebhaftes Frage- und Antwortspiel gegeben. Trotz der vorgeückten Zeit – in einer Viertelstunde sollte eigentlich der Festvortrag beginnen – möchte ich auch heute die Diskussion nicht ganz unterdrücken, wenn wirklich eine wichtige Frage an Herrn Professor Böhme zu stellen ist. Das ist nicht der Fall. Ich darf Ihnen nochmals sehr herzlich danken und betonen, daß wir gern bereit sind Ihnen zu helfen, wo wir nur können.

Zu Punkt 8 der Tagesordnung

Verschiedenes

erfolgten keine Wortmeldungen.

Nach kurzer Pause hielt Herr Professor Dr. phil. Georg Friedrich Koch zu Nr. 9 der Tagesordnung den **Festvortrag** mit dem Titel

»Denkmalpflege und Geschichtsbewußtsein«

Wir verdanken dem Autor nachstehende Kurzfassung seines Vortrages:

Die seit dem »Europäischen Denkmalschutzjahr 1975« in eine breite Öffentlichkeit getragenen Probleme der Denkmalpflege haben die Frage nach dem Geschichtsbewußtsein aktualisiert, das sich in der verstärkten Beachtung der historischen Strukturen unserer Städte äußert. Das Motto des Denkmalschutzjahres, »Eine Zukunft für unsere Vergangenheit«, postuliert ein Programm zur Erhaltung und Erneuerung des geschichtlich gewachsenen Lebensraums und der historischen Monumente als Ausdruck europäischer Kultur. Der Auftrag der Denkmalpflege, zu dem sich der Staat ausdrücklich bekennt, enthält politische und soziale Komponenten, ist mit der Vorstellung von Kultur und im besonderen mit der einer nationalen und europäischen Identifikation verbunden.

Von dieser aktuellen Situation ausgehend, wird die Frage nach dem Phänomen der Denkmalpflege und nach ihrem Verhältnis zur Geschichte allgemein gestellt. Über die Bestimmung des Verhältnisses vom Menschen zur Geschichte und zur Nachwelt erfolgt die Definition des Denkmalbegriffs und seiner verschiedenen historischen Interpretationen: in der römischen Antike das »monumentum« als Totenmal, als überlieferte Ereignisse und Taten (Cicero), im Barock sind die »Denck- und Ehrenn-Mäler« (Univer-

salexikon von Zedler 1734) Dokumente zum Andenken an die vergangene Größe einzelner Persönlichkeiten, meist Fürsten. Im Gegensatz gehört die gewöhnlich politisch motivierte »damnatio memoriae«, d. h. die Auslöschung des Gedächtnisses im Akt der Zerstörung der Monumente, zur Denkmalerhaltung. Der Begriff »Denkmalpflege« tritt erst im frühen 19. Jahrhundert auf und bezieht sich allgemein auf historische Werke der Kunst und Architektur. Nach Goethe »gehören alle Kunstwerke als solche der gesamten gebildeten Menschheit an, und der Besitz derselben ist mit der Pflicht verbunden, Sorge für ihre Erhaltung zu tragen«. Mit dieser neuen Auffassung vom Denkmal und der Verpflichtung seiner Pflege wird das Postulat der zeitgenössischen Kunst des Klassizismus, im sittlichen Sinn erzieherisch zu wirken, auf das historisch Überlieferte übertragen. Die erste deutsche »Verordnung, die Erhaltung der im Lande befindlichen Monumente und Altertümer betreffend«, 1779 von Landgraf Friedrich II. von Hessen-Kassel erlassen, bezieht sich noch nicht auf Bauten, sondern auf bewegliches Kunstgut. Die Denkmalpflege als staatlicher Auftrag setzt erst im 19. Jh. ein als Folge des durch die Säkularisation von 1803 sinnlos verschleuderten und auf Abbruch verkauften Kirchenguts. Das erwachende Nationalbewußtsein, die Hinwendung zum Mittelalter in der Romantik und die beginnende Geschichtswissenschaft geben die Voraussetzungen für die Rettung und Erhaltung der historischen Bau- und Kunstdenkmäler.

Aus der bisher kaum beachteten »Vorgeschichte der Denkmalpflege« werden charakteristische Beispiele vorgeführt, die prinzipielle Verhaltensweisen gegenüber dem überlieferten Baubestand verdeutlichen können.

1. Bereits in der Spätantike gibt es Gesetze zum Schutz und zur Pflege der überkommenen riesigen Baukomplexe des Römischen Reichs von Kaiser Theodosius II. im 4. Jh., von Kaiser Majorianus 457 und Theodorich d. Großen 500. Beispiele für die »Umnutzung« sind die Akropolis von Athen und der Diokletianspalast von Spalato (Split). Die Erhaltung einzelner Bauten ist häufig von ihrer funktionalen Bedeutung abhängig: die Tempel werden in Kirchen und Moscheen umgewandelt. Wie diese als Sinnbilder der »ecclesia triumphans«, der über das Heidentum triumphierenden Kirche gelten, so ist auch die Verwendung antiker Spolien in mittelalterlichen Bauten motiviert. In der Pfalzkirche zu Aachen (786 ff.) dienen die eingebauten antiken Säulen als Zeichen der »renovatio Imperii Romani« des deutschen Kaisertums.

2. Während der Gotik ist das Verhältnis zur eigenen Tradition gespalten. Die Kathedralen und Großbauten verfahren rücksichtslos mit ihren kleineren Vorgängerbauten (Beauvais). Andererseits enthalten die oft langen Baugeschichten der Klöster und Kirchen denkmalpflegerische Maßnahmen der Erneuerung, Restaurierung und des Wiederaufbaus, etwa das Einziehen steinerner Gewölbe anstelle älterer Holzdecken zur Feuersicherheit (Maulbronn, Seckau), oder Vergrößerung bei Erhaltung wesentlicher Bauteile (Dom zu Bremen, Pfarrkirchen von Braunschweig).

3. Seit dem 15. Jh. wird mit der Renaissance in Italien ein Geschichtsbewußtsein entwickelt, das gegen das als »gotisch« = barbarisch abgewertete Mittelalter die Antike als nationale Tradition wiederentdeckt. Papst Pius II. untersagt 1462 die weitere Zerstörung der antiken Bauten in Rom. Der Architekt Donato Bramante verfaßt 1510 eine Denkschrift über den Verfall der römischen Bauten und seine Ursachen und entwickelt

ein neues Verfahren zur Bauaufmessung als Voraussetzung für ihre Erhaltung. In die architektonische Neuordnung des Kapitols von Rom durch Michelangelo (1560 ff.) werden zahlreiche antike Skulpturen einbezogen als Zeichen der politischen Repräsentation des von den Päpsten erneuerten antiken Rom.

4. Seit der Renaissance entsteht vor allem angesichts der unvollendeten gotischen Kathedralen von Florenz, Bologna und Mailand der langdauernde Streit, ob sie in der »maniera moderna«, d. h. in den modernen antikischen Stilformen, oder im Sinne der »conformità«, d. h. in den historischen Formen des bereits Gebauten, fertiggestellt werden sollen. In Bologna wird nach 60jährigem Streit die Wölbung von S. Petronio in einer gotischen Kompromißform aufgeführt, die Fassade dagegen bleibt mangels Einigung unvollendet. Ähnlich werden in Florenz und Mailand die Fassaden nach jahrhundertelangen Streitigkeiten erst im späten 19. Jh. in neugotischen Formen vollendet. Im Gegensatz zu diesen Beispielen erfolgt der Wiederaufbau der von den Hugenotten 1568 weitgehend zerstörten Kathedrale von Orléans »conformément à l'ordre gothique«; die Doppelturmfassade wird sogar zu Anfang des 18. Jhs. neu nach dem Vorbild von Notre-Dame in Paris konzipiert. Der 1689 zerstörte Kaiserdom von Speyer wird in einem langwierigen Verfahren gegen die Vorschläge der Barockisierung seit 1772 von Franz Ignaz Neumann in den ursprünglichen romanischen Formen wieder ausgebaut. Nur das Westwerk erhält eine eigenwillige Gestalt. Es wird 1854 ff. ebenso wie die Dekoration des Inneren durch König Ludwig I. von Bayern in einer ihm gemäßen Auffassung von romanischer Kunst umgewandelt. Die aktuelle Restauration der 60er Jahre stellt, soweit möglich, den ursprünglichen Bau wieder her, interpretiert ihn aber durch den offengelegten Steinverband im Sinne moderner Materialauffassung. Die wechselvollen Beziehungen des Menschen im Lauf der Geschichte zu den überlieferten Denkmälern der Vergangenheit und die verschiedenen Interpretationen, die gefunden werden, um die Maßnahmen der Umnutzung, Erhaltung und Restaurierung zu motivieren, werfen meist vielschichtige Fragen auf, die über den reinen Objektbezug hinausführen. Auch in der heutigen Denkmalpflege wirken die in der Geschichte beobachteten Kräfte des unmittelbaren Gegenwartsbezugs ebenfalls dort mit, wo die Wahrung des historischen Bestandes als vordringliches Motiv erscheint.

Reicher Beifall bekundete das lebhafte Interesse der Zuhörerschaft an diesem Thema. Der Vorsitzende dankte Herrn Professor Koch sehr herzlich für seinen fesselnden Vortrag und schloß dann die Mitgliederversammlung.

Zum Ausklang der Jahrestagung vereinte ein geselliges Beisammensein Mitglieder und Gäste im Georg-Moller-Haus.

Ehrensator Dr.-Ing. Heinrich Toeller
Vorsitzender

Dr. Franz Wenzel
Schatzmeister und Schriftführer